

Neue Mitte oder alte Fehler

„Wir dürfen unser schönes Land, unsere Republik nicht in die Hände dieser Leute geraten lassen.“
Helmut Kohl¹

Ab sofort sei sie die „Neue Mitte Deutschlands“, sagt die SPD.² Unter wahlkämpferischen Aspekten ist das im Grunde noch keine spektakuläre Aussage. So gut wie alle Parteien drängen in die gesellschaftliche Mitte, denn da sind die frei flottierenden Wählerstimmen. Sozialstrukturell sind es die flexiblen, politisch häufig eher ungebundenen „neuen Mittelschichten“, deren politische Präferenzen am Wahltag darüber entscheiden, welche der beiden großen Parteien ihrem volksparteilichen Anspruch am ehesten gerecht wird und über ihre Stammwählergruppen hinaus weitere Wähler an sich bindet. Zwar können sich die Parteien auf ihre Traditionswähler noch immer verlassen: Auch 1994 stimmten noch 60% der Arbeiter mit Gewerkschaftsbindung für die SPD und 74% der kirchennahen Katholiken für die Union. Das Problem dabei ist nur, daß es sich bei beiden Gruppen wenn auch nicht um aussterbende Spezies, so doch um stark schrumpfende gesellschaftliche Milieus handelt. Vor vier Jahren machten sie gerade noch 13% der SPD-Stimmen und 14% der Stimmen von CDU/CSU aus.³

Ohne Mehrheiten in den parteiungebundenen Mittelschichten, die mittlerweile mehr als die Hälfte des Elektorats ausmachen, sind Wahlen daher schon lange nicht mehr zu gewinnen. Daß Er-

folg oder Niederlage „von dem Ergebnis dieser Beeinflussung der Mittelschichten abhängen“, war Konrad Adenauer schon 1946 klar.⁴ Die sozialdemokratische Konkurrenz tat sich da schwerer, und bereits bei der Bundestagswahl 1953 erreichte die CDU in den Mittelschichten einen höheren Mobilisierungsgrad als die SPD selbst in der Arbeiterschaft. Im öffentlichen Bewußtsein konnte sich die Union damit so frühzeitig wie dauerhaft als die „große Volkspartei der Mitte“ etablieren. Das war ingenios und erklärt zu guten Teilen, weshalb die Union – mit einer einzigen Ausnahme 1972 – bei Bundestagswahlen stets erfolgreicher abgeschnitten hat als die SPD.

Aber weshalb ist es eigentlich so wichtig, „Mitte“ zu sein, um in Deutschland politischen Erfolg zu haben? „Diese Gesellschaft ist mittelmäßig“, schreibt Hans Magnus Enzensberger: „Soziologisch und kulturell ist die Republik durch die unangefochtene Hegemonie der *middle class* gekennzeichnet.“⁵ Wer nicht in der Mitte ist, der wäre doch gerne dort. Entscheidend ist daher die Korrespondenz zwischen bundesrepublikanischer Sozialstruktur und den mit dem Begriff der Mitte verbundenen positiven Assoziationen: „Mitte“, das suggeriert sozialen und politischen Ausgleich, Maßhalten und Mäßigung, Kompromiß und versöhnliche Harmonisierung von Gegensätzen, Absage an die Extreme und einvernehmliche Lösung schwieriger Probleme, Konsens und Vernunft, Sicherheit, Stabilität und Geborgenheit.⁶

Die chronischen Sehnsucht der bundesrepublikanischen Gesellschaft nach Mitte ist politisch von niemandem besser verkörpert worden als von Helmut Kohl. Der Schlüssel zu seiner Macht sei „seine

1 Zitiert nach: „Der Spiegel“, 9.3.1998, S.21.

2 Entwurf „Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit“: SPD-Regierungsprogramm 1998-2002, Bonn 1998, S.4.

3 Dieter Roth, Stabilität der Demokratie: Die Lehren der Bundestagswahl 1994, in: Heinrich Oberreuter (Hg.), Parteiensystem am Wendepunkt? München 1996, S.24-35, hier S.28.

4 Zit. nach Dorothee Buchhaas, Die Volkspartei: Programmatische Entwicklung der CDU 1950-1973, Düsseldorf 1981, S.116, Anm. 14.

5 Hans Magnus Enzensberger, Mittelmaß und Wahn, in: Bernd Guggenberger (Hg.), Die Mitte, Opladen 1993, S.189-207, hier S.195.

6 Vgl. Hans Lenk, Die Links-Rechts-Skala und die Magie der Mitte, in: Ders., Rechts, wo die Mitte ist, Baden-Baden 1994, S.11-13.

mysteriöse Affinität, seine geistige Symbiose mit einem großen Teil der deutschen Bevölkerung", hat Kohls Biographin Patricia Clough festgestellt.⁷ Suggestiver ist es nur noch von Karl Heinz Bohrer formuliert worden: „Kohls Körper ist der Körper der Bundesrepublik.“⁸

Tatsächlich: Kohls Stärke über eineinhalb Jahrzehnte bestand nicht zuletzt in seiner unbestrittenen Definitionsmacht darüber, wo die Mitte sei, die Stärke seiner Partei in ihrer fraglosen Gewißheit, mental im Zentrum der Gesellschaft zu wurzeln. Die Mitte der Gesellschaft, das war die CDU, und die Mitte der CDU war Helmut Kohl.

Ein tolldreister Coup

Und nun also Gerhard Schröder und die SPD? „Wir setzen auf die Leistungsträger unserer Gesellschaft“, heißt es im Programmtext der Partei für die Bundestagswahl. Auf Arbeitnehmer, Manager, Unternehmer, Mittelständler, Handwerker, Freiberufler, Existenzgründer, Techniker, Ingenieure, Wissenschaftler und Gewerkschafter: „Zusammen mit diesen Leistungsträgern unserer Gesellschaft sind wir die Neue Mitte Deutschlands“ – behaupten die Sozialdemokraten. Einfach so. Man muß sich schon die jahrzehntelange Hegemonie der Christdemokraten über den Begriff der Mitte vor Augen führen, um ermessen zu können, was für ein waghalsiger, nachgerade tolldreister Coup den Sozialdemokraten da gelingen würde, sollten sie ihren frisch formulierten Anspruch auf die Mitte einlösen können. Die Mitte, das soll nun auf einmal die SPD sein? Nur weil Gerhard Schröder und sein Chefstrategie Bodo Hombach es gern so hätten? Kann das gutgehen? Und sollte es überhaupt?

Daß es nicht unmöglich ist, die – im eigenen Selbstverständnis – rechtschaffe-

ne gesellschaftliche Mitte („*the people who work hard and play by the rules*“) für den politischen Aufbruch zu begeistern, hat beispielhaft Bill Clinton vorgeführt. Sein Wahlkampf 1992 gegen den amtierenden Republikanischen Präsidenten George Bush zielte erfolgreich auf die diffusen Abstiegsängste und Aufstiegshoffnungen der „*forgotten middle class*“, wie Clinton diese Gesellschaftsgruppen unablässig nannte. Mit Begeisterung hatten sie die *Reagan Revolution* der Republikaner unterstützt, vom allzu alltags- und problemfern erscheinenden George Bush aber fühlten sich diese Amerikaner angesichts von Rezession und drohender Arbeitslosigkeit im Stich gelassen. In kultureller Hinsicht waren diese wahlentscheidenden Gruppen mehrheitlich durchaus konservativ. Sie wählten Clinton, weil er ihnen glaubhaft machen konnte, ihre wirtschaftlichen Sorgen und Nöte ernst zu nehmen, während er sich zugleich als *New Democrat* von den traditionellen ideologischen Glaubenssätzen seiner Partei abgrenzte. Um den Wandel durchzusetzen, hat Bill Clinton erläutert, müsse man ihn so präsentieren, daß die Leute ihn mit ihren Wertvorstellungen und Gewohnheiten in Einklang bringen könnten.⁹

Ungeachtet aller Unterschiede der Parteiensysteme, Sozialstrukturen und -kulturen liegt der Schlüssel zur Gewinnung der politischen Macht für (grosso modo) sozialdemokratische Parteien regelmäßig darin, daß sie die richtige Balance finden zwischen den im Grunde konträren Versprechen von Wandel und Kontinuität. Sie müssen das Kunststück fertigbringen, eine Aufbruchstimmung zu erzeugen und gleichzeitig der zögerlichen Mitte der Gesellschaft suggerieren: Wir sind wie ihr! Ihr dürft so bleiben wie ihr seid! Sie müssen die Kontinuität im Wandel in Aussicht stellen, wirtschaftspolitische Effizienz und lebens-

7 Patricia Clough, Helmut Kohl: Ein Portrait der Macht, München 1998, S.13.

8 Karl Heinz Bohrer, Physiognomik als Erkenntnis: Zum aktuellen Phänotyp deutscher Politik, in: „Merkur“, 3/1998, S.257-261, hier S.259.

9 Vgl. Stanley B. Greenberg, *Middle Class Dreams: The Politics and Power of the New American Majority*, New Haven 1996, S.199.

weltliche Bewahrung. Indem der Programmwurf der SPD das dynamische „Neu“ mit dem statischen Konzept der „Mitte“ kombiniert, bringt er genau diese Dialektik auch sprachlich auf den Begriff – gewiß nicht von ungefähr.

In Großbritannien haben Tony Blair und *New Labour* das Modell Clinton erfolgreich adaptiert und damit das zuvor thatcheristisch gesonnene kleinbürgerliche Aufsteigertum zu sich herübergezogen. Die sozialdemokratischen Wahlkampfmanager Gerhard Schröders wiederum orientieren sich am Erfolgsrezept der Genossen von der Insel. Sie könnten nach Vorbildern auch in der eigenen Geschichte suchen. Schließlich waren es in den 60er Jahren nicht zuletzt die „Schiller-Wähler“ aus den neuen Mittelschichten, jene eher bürgerlichen Anhänger des kompetent und vertrauenerweckend agierenden sozialdemokratischen Wirtschaftsministers der Großen Koalition, denen die SPD den Machtwechsel von 1969 verdankte.

Als die SPD drei Jahre später ihren größten Wahlsieg überhaupt feierte, lag das vor allem am hohen Mobilisierungsgrad der Arbeiterschaft. Etliche ihrer neuen Mittelschichtenwähler von 1969 dagegen waren bis dahin schon wieder von der sozialdemokratischen Fahne gegangen. Der überbordende und bereits damals kaum finanzierbare Reformeifer der Ära Brandt hatte sie frühzeitig verschreckt. Zur politischen Heimat des

überwiegenden Teils der neuen Mittelschichten wurden daher in den 70er Jahren nach und nach wieder die Unionsparteien.¹⁰ Ganz ähnlich die Erfahrungen der frühen Präsidentschaft Clintons: Gewählt als Exponent von ökonomischem Pragmatismus und *middle class values*, vergaulte er in den ersten zwei Jahren seiner Administration viele der skeptischen Mittelschichtler, die ihm gerade erst ins Amt verholten hatten. Die konservative *Gingrich Revolution* bei den Kongreßwahlen 1994 war ihre Quittung für den vermuteten Rückfall der Demokratischen Partei in eben jene Unsitten, die die Ära Reagan überhaupt erst ermöglicht hatten. In Großbritannien hingegen ist Tony Blair von vornherein fest entschlossen gewesen, die vor dem Wahlsieg von New Labour durchgesetzte Strategie der Öffnung seiner Partei zur gesellschaftlichen Mitte beizubehalten. Die einstweilen ungebrochene Popularität seiner Regierung gibt ihm Recht.

Kein Mandat für eine „völlig andere Politik“

Die SPD wird nur dann – wie schon in den 60er Jahren – als Partei der ungebundenen gesellschaftlichen Mittel-

10 Vgl. Peter Lösche und Franz Walter, *Die SPD: Klassenpartei – Volkspartei – Quotenpartei*, Darmstadt 1992, S.92ff.

Veranstaltungsreihe mit Andrei S. Markovits

Grün schlägt Rot

Veranstalter: Heinrich-Böll-Stiftung

lautet auch der Titel des Buches von Andrei Markovits (Rotbuch 1997) eine eindrucksvolle Analyse der deutschen Linken nach dem 2. Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung von Bundespräsident Heinrich Lübke. Andrei Markovits, profundster Kenner der deutschen Verhältnisse, ist Professor für Politikwissenschaft an der University of California. Wir laden ein zu folgenden Veranstaltungen:

20.4., 20.00 Uhr	Saarbrücken, Schloßkeller; Tel. 0681/58 35 60
21.4., 20.00 Uhr	Heidelberg, DAI, Sophienstr. 12; Tel. 0711/28 20 33
22.4., 18.00 Uhr	Bonn, Hessische Landesvertretung; Tel. 069/23 10 90
23.4., 20.00 Uhr	Bremen, Galerie Rabus; Tel. 0421/35 23 68
24.4., 20.00 Uhr	Berlin, Hackesche Höfe, Galerie; Tel. 030/28 53 40
27.4.	Potsdam; Tel. 0331/28 00 786
28.4., 20.00 Uhr	Kiel, Kommunikationszentrum Pumpe; Tel. 0431/98 64 610
29.4., 19.30 Uhr	Rostock, Max-Samuel-Haus, Schillerplatz 10; Tel. 0381/49 22 184
30.4., 19.30 Uhr	Hamburg, Evangelische Akademie, Tel. 040/38 95 270

gruppen reüssieren können, wenn sie bereit ist, ihnen programmatisch und habituell entgegenzukommen. Daß der Kandidat Gerhard Schröder dazu willens und in der Lage ist, belegen schon die Zuwächse der SPD bei der Landtagswahl in Niedersachsen im März quer durch alle Wählergruppen und Milieus; hier ist der Begriff der sozialdemokratischen „Neuen Mitte“ mehr als nur eine Möglichkeit.¹¹ In der SPD insgesamt herrscht gegenwärtig zwar die unbändige Bereitschaft zum Wahlsieg, nicht dagegen in sämtlichen Teilen der Partei auch Klarheit über die im Begriff der „Neuen Mitte“ gebündelten Bedingungen dieses Erfolgs. Man ist bereit, sich mit Hilfe der Stimmen einer von Gerhard Schröder charismatisch-personell integrierten „Neuen Mitte“ an die Macht tragen zu lassen, wenn anders Mehrheiten in Deutschland eben nicht zu haben sind. Zugleich zeigt sich bereits jetzt wieder, daß zumal Traditionalisten und Linke in der SPD allzu gerne der Versuchung erliegen würden, solch einen Erfolg dann umstandslos in ein Mandat für eine „völlig andere Politik“ (Oskar Lafontaine) umzudeuten.¹²

Ein solches Mandat wäre in einem Wahlsieg als „Neue Mitte Deutschlands“ aber gerade nicht enthalten. Wer mit der Mitte der Gesellschaft Wahlen gewinnt, der muß auch mit ihr regieren. Die Sozialdemokraten tun gut daran, sich schon jetzt klarzumachen, wie prekär, fragil und vorläufig jede unter dem Etikett der „Neue Mitte“ zusammengelesene Wählerkoalition notwendigerweise wäre. Als unverbundenes Sammelsurium soziologischer Gruppen vom mittleren Manager bis zum Gewerkschaftsfunktionär verbände sie einstweilen wenig mehr als ihr Überdruß

an der Regierung Kohl und der Wunsch nach Veränderung – und deren Art und Umfang wäre dann schon wieder strittig.

So gesehen ist die „Neue Mitte Deutschlands“ zunächst kaum mehr als ein pfiffiger Wahlkampfbluff, eine Chiffre zur vorübergehenden Herstellung symbolischer Vergemeinschaftung. Fraglich ist indessen, ob angesichts fortschreitender gesellschaftlicher Pluralisierung, weiter wachsender Volatilität in der Wählerschaft und schrumpfender Spielräume für gestaltende Politik zukünftig überhaupt noch eine Partei in der Lage sein wird, die „Mitte“ dauerhaft mit Beschlag zu belegen. Den Versuch ist es sicherlich wert: Je weniger es die *eine* gesellschaftliche Mitte als real auffindbare soziologische Größe noch gibt, desto besser dürfte paradoxerweise bei Wahlen diejenige Partei abschneiden, die am überzeugendsten den Anschein erweckt, sie zu repräsentieren.

Besteht die vermeintlich dürftige Alternative für die SPD demzufolge lediglich darin, entweder Visionen für den Wandel zu haben, aber keine Mehrheit in der Mitte – oder eine Mehrheit in der Mitte, aber kein Mandat für den Wandel? Nicht unbedingt. Denn womöglich besteht verantwortungsvolle Politik in Zeiten knapper Kassen ja gar nicht im Ankündigen ganz großer Wohltaten für fast alle. Vielleicht begibt sich der wenigen überhaupt noch bestehenden Spielräume politischer Gestaltung, wer etwa vor der Bundestagswahl lauthals verspricht, sämtliche sozialen „Untaten“ der Ära Kohl rückgängig zu machen. Vielleicht wollen gerade die gut ausgebildeten Wähler aus den neuen Mittelschichten ja in Wirklichkeit von den Politikern auch intellektuell ernst genommen werden. Und vielleicht ist es deshalb eher das geduldige, argumentative Verständlichmachen schwieriger Abwägungen, Handlungszwänge und unpopulärer Entscheidungen, was diese Wähler beeindruckt. Vielleicht ist es, kurzum, der politische *Stil* Wolfgang Schäubles (nicht unbedingt seine Politik selbst), der diese „Neue Mitte“ langfri-

11 Vgl. die Wahlanalyse von Dieter Oberndörfer/Gerd Mielke/Ulrich Eith, in: „Frankfurter Rundschau“, 5.3.1998.

12 Als vorläufige Beispiele nur „Jusos fordern Nachbesserungen beim Wahlprogramm“, in: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 11.3.1998; „Dreßler rügt SPD-Programm“, in: „Süddeutsche Zeitung“ vom 14.3.1998.

stig an eine der beiden großen Parteien binden könnte.

Was eigentlich politische Urteilskraft ausmache, hat Isaiah Berlin gefragt: „Ein Gefühl für das, was ‚geht‘ und was ‚nicht geht‘?“¹³ Bestimmt. Eine sozialdemokratisch geführte Bundesregierung wird davon eine ganze Menge brauchen. Sonst kehrt die „Neue Mitte“ zurück an ihren alten Platz.

Tobias Dürr

Erneuerung oder Innovation

Gestern Reformstau, morgen Innovation. Mit dieser Megabotschaft ziehen die Parteien heute in den Wahlkampf. Wenn es eine Neue Mitte gibt, wo sich alles drängt, hier ist sie. Ein Konsens macht sich breit. Der Bundespräsident hat ihn gestiftet. Gestern wollte niemand am Reformstau schuld sein – heute sind alle für Innovation. Das gilt auch für die jeweilige Klientel. Aber nur im allgemeinen, wohlgeordnet. In den konkreten Anwendungsfällen gibt es reichlich Dissens darüber, was als Reform oder Innovation akzeptabel sei – wenn es einen selbst trifft. Ausgenommen: technische Innovationen.

Hier unterscheiden sich die beiden Volksparteien kaum. Nach Studium der Programme und Manifeste drängt sich der Verdacht auf, bei den Themen, wo es offenbar mit dem politischen Gegner wenig Dissens gibt, werde ersatzweise der Streit angezettelt, den man in Fragen

gesellschaftlicher Reformen scheut. Besser als die Wähler mit Reformvorhaben zu verschrecken ist es, auf „Veto-Gruppen“, die angeblich den (technischen) Fortschritt blockieren, einzudreschen.

Wenige Tage vor der Niedersachsenwahl veröffentlichten Oskar Lafontaine und Gerhard Schröder gemeinsam ein Buch: „Innovationen für Deutschland“.¹ Und wenige Tage nach Schröders Sieg in Niedersachsen legten die beiden das ebenfalls gemeinsam geschriebene SPD-Regierungsprogramm vor: „Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit“.²

Das erste, was zu verändern wäre, ist offenbar das Bewußtsein. Das erkannte nicht nur die sächsisch-bayerische Zukunftskommission, sondern ist auch die Überzeugung der beiden maßgeblichen Herren in der Sozialdemokratie: „Wir wollen die großen Chancen der neuen Technologien nutzen. Dazu brauchen wir in unserer Gesellschaft eine neue Aufgeschlossenheit für Innovation und technologischen Fortschritt,“ schreiben sie in ihrem Regierungsprogramm. Eine neue Aufgeschlossenheit? Wie damals, die alte – vor Hiroshima, vor dem Ozonloch, vor Harrisburg und Tschernobyl?

Es ist nicht nur von technischen Innovationen die Rede. Aber den Schwung bezieht man aus diesen hier sogenannten wirtschaftlichen Innovationen – Reform der Wirtschaft, darunter hatte die SPD einst anderes verstanden. Heute geht es um die Erschließung neuer Märkte und die Verteidigung alter Marktanteile. Dafür will Gerhard Schröder nach dem 27. September „sofort nach der Regierungsübernahme“ mit Gewerkschaften und Unternehmen „ein Bündnis für Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit schmieden“.

„Die Zukunft des Standorts Deutschland hängt maßgeblich von der Leistungsfähigkeit und Kreativität der Forschung ab, ebenso von den Bedingun-

13 Isaiah Berlin, Politische Urteilskraft, in: Ders., Wirklichkeitssinn: Ideengeschichtliche Untersuchungen, Berlin 1998, S.91-112, hier S.102.

1 Oskar Lafontaine/Gerhard Schröder (Hg.), Innovationen für Deutschland, Göttingen 1998.

2 „Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit“. SPD-Regierungsprogramm 1998-2002, Vorentwurf vom 2. März 1998, Bonn.